

- 16. Fragebogen zur Sozialversicherung für geringfügig entlohnte und kurzfristig Beschäftigte (erforderlich bei befristeten Einstellungen)
- 17. Erklärung zur Hauptstadtzulage (ZS P 2.603)
- 18. Bankverbindung (ZS P 0.013a)

Antragsformulare (Bitte ggf. ausgedruckt, ausgefüllt und bereits unterschrieben mitbringen!)

- 19. Antrag auf vermögenswirksame Leistungen (Fin 586)
- 20. Antrag auf Überleitung VBL (**gesondertes Dokument** V 44)
- 21. Antrag auf Zuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung (Fin 589)
(nur bei Überschreiten der Jahresarbeitsentgeltgrenze)

Merkblätter für Ihre Unterlagen (Ausdruck nicht notwendig!)

- 22. Schweigepflicht (Fin 561)
- 23. Annahmeverbot von Belohnungen und Geschenken (Fin 760)
- 24. Vermögenswirksame Leistungen (Fin 586a)
- 25. Hauptstadtzulage und Zuschuss zu den Kosten für ein Firmenticket (ZS P 2.603a)
- 26. VBL Informationsblatt für neu eingestellte Beschäftigte

Persönliche Unterlagen (Bitte im Original und als Kopie mitbringen!)

Alle Unterlagen müssen in deutscher Sprache oder amtlicher Übersetzung vorliegen.

- 27. Personalausweis/Reisepass (nur zur Vorlage, Kopie nicht erforderlich)
- 28. ggf. Arbeitserlaubnis bzw. Aufenthaltstitel (für Beschäftigte außerhalb der EU/EWR)
- 29. Nachweis zum Masernschutz
(bei Arbeit im Kinder- und Jugendbereich erforderlich, jedoch nur, wenn nach dem 31.12.1970 geboren) **Impfpass oder ärztliche Bescheinigung**, im Regelfall sind **2 Impfungen** erforderlich
[Informationen der BZgA zum Nachweis einer Masern-Impfung oder Masern-Immunität](#)
- 30. bei bestehender Beschäftigung außerhalb der SenBJF → Bescheinigung über die Beendigung zum Vertragsbeginn (z.B. Kündigungsbestätigung, Auflösungsvertrag o. Ä.)
- 31. Lebenslauf (aktuell und eigenhändig unterschrieben)
- 32. ggf. Eheurkunde oder Nachweis über die Begründung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft
- 33. ggf. Scheidungsurteil mit Rechtskraftvermerk bzw. Aufhebung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft

- 34. ggf. Sterbeurkunde der Ehegattin/des Ehegatten bzw. der eingetragenen Lebenspartnerin/des eingetragenen Lebenspartners
- 35. ggf. Geburtsurkunden **aller** Kinder (unabhängig vom Alter)
- 36. ggf. Schwerbehindertenausweis bzw. Gleichstellungsbescheid
- 37. ggf. Rentenbescheid
- 38. Zeugnis über den Schulabschluss (auch wenn bereits ein Hochschulabschluss vorliegt)
- 39. Zeugnis und Urkunde über den Hochschulabschluss
(Diplom, Bachelor, Master, Magister, Staatsprüfung, Sonstiger)
- 40. Zeugnis und Urkunde über die Berufsausbildung (ggf. staatliche Anerkennung)
- 41. Arbeitsverträge und Zeugnisse über bisherige Tätigkeiten
(Nachweise über Schulungen/Zertifikate nicht erforderlich)
- 42. Sozialversicherungsnummer
- 43. Mitgliedsbescheinigung/Onlinebestätigung der Krankenkasse/Krankenversicherung

Anschluss- bzw. Wiedereinstellung

(Bitte nur die folgenden Unterlagen mitbringen!)

- 44. Personalausweis/Reisepass (nur zur Vorlage, Kopie nicht erforderlich)
- 45. ggf. Arbeitserlaubnis bzw. Aufenthaltstitel (für Beschäftigte außerhalb der EU/EWR)
- 46. Erklärung Wiedereinstellung (Fin 541)
- 47. Erklärung über die Fortgeltung von Formularen bei Anschluss- bzw. Wiedereinstellung
(ZS P 0.008)
- 48. Niederschrift Nachweisgesetz (Fin 553) **(2-fach)**
- 49. Erklärung zur Arbeitszeit (ZS P 3.999) Teilzeit (____/____ Std.) **oder** Vollzeit
- 50. Erklärung zur Hauptstadtzulage (ZS P 2.603)
- 51. Bankverbindung (ZS P 0.013a)
- 52. persönliche Unterlagen (Nr. 27 bis Nr. 43), sofern sich seit dem letzten Beschäftigungsverhältnis bei der SenBJF Änderungen ergeben haben

Bitte bringen Sie alle Unterlagen in chronologischer Reihenfolge zur Vertragsunterzeichnung mit. Das Fehlen von Unterlagen führt zu einer Verzögerung der Bearbeitung.

Erklärung zum Personalfragebogen für die Bewerbung um Einstellung als Arbeitnehmerin/Arbeitnehmer

Neues Lichtbild,
wenn das im
Personalfragebogen
älter als 5 Jahre ist.

Beantworten Sie bitte sämtliche Fragen in lesbarer Schrift (gegebenenfalls Druckschrift). Daten geben Sie bitte mit Tag, Monat und Jahr an. Sollte eine Frage auf Sie nicht zutreffen, ist das Wort „entfällt“ einzusetzen. Etwaige Zweifel bei der Beantwortung der Fragen können Sie bei der zuständigen Personalstelle klären. Aus dem von Ihnen ausgefüllten Personalfragebogen können Sie keine Ansprüche herleiten. Es wird darauf hingewiesen, dass bei Antworten, die einer Bewertung unterliegen, stets die Gesamtumstände des persönlichen Werdegangs berücksichtigt werden.

Zutreffendes bitte ankreuzen!

Bei nicht ausreichendem Platz bitte weitere Angaben auf besonderem Blatt beifügen und unterschreiben!

Name (ggf. auch Geburtsname)					
Vornamen (Rufname unterstreichen)					
geboren am	Tag	Monat	Jahr	in	Staatsangehörigkeit
Anschrift, Telefon					

	Von der Bewerberin/dem Bewerber auszufüllen							
1.	Seit meinem letzten Ausscheiden aus dem Dienst beim Land Berlin am _____ war ich wie folgt beschäftigt:							
	Arbeitgeber, Dienstherr, freiberufliche Tätigkeit, Wehr- oder Ersatzdienst, arbeitslos usw.	Art der Tätigkeit ¹	Voll- beschäftigt?		vom	bis zum	Grund des Ausscheidens ² a) arbeitgeberseitige Kündigung b) eigene Kündigung c) Zeitablauf d) Auflösungsvertrag e) sonstiger Tatbestand	PA Bl.
			ja	nein				
	Beglaubigte Zeugnisabschriften ³ <input type="checkbox"/> sind beigelegt. <input type="checkbox"/> reiche ich nach.							

¹ Bei Tätigkeit im öffentlichen Dienst bitte die letzte Vergütungs-, Lohn-, Entgelt-, Besoldungs- oder Gehaltsgruppe angeben.

² Bei den Tatbeständen a) bis d) nur den betreffenden Buchstaben einsetzen.

³ Abschriften bzw. Kopien reichen aus, wenn zugleich Originale oder beglaubigte Ablichtungen vorgelegt werden.

		PA BI.
2.	An meinen Verhältnissen hat sich seit meinem letzten Ausscheiden aus dem Dienst beim Land Berlin <input type="checkbox"/> nichts geändert <input type="checkbox"/> Folgendes geändert:	
	Ziffer des Personalfragebogens	Änderung oder Ergänzung
3.	Ich werde nach Einstellung eine Nebentätigkeit/andere Tätigkeit ausüben. <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Falls ja, folgende: _____	
4.	Gegen mich laufen Zwangsvollstreckungsmaßnahmen oder es ist damit zu rechnen, dass Teile meines Arbeitsentgelts auf Grund einer Lohnpfändung oder Abtretungserklärung an Dritte abgeführt werden müssen. <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Falls ja, machen Sie bitte nähere Angaben gesondert.	
5.	Mir ist die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter aberkannt worden. <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	

Ich versichere nach bestem Wissen und Gewissen, vorstehende Angaben vollständig und wahrheitsgemäß gemacht zu haben. Es ist mir bekannt, dass falsche Angaben bei etwa erfolgter Einstellung die Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses nach sich ziehen können.

Mir ist bekannt, dass ich im Falle meiner Einstellung jede Änderung der angegebenen Verhältnisse unaufgefordert meiner Personalstelle mitzuteilen habe.

Mir ist ferner bekannt, dass im Falle meiner Einstellung personenbezogene Daten gespeichert werden, soweit dies zur Erfüllung der dem Arbeitgeber obliegenden Aufgaben erforderlich ist.

Berlin, den _____

(Vor- und Zuname, ggf. Geburtsname)



ERKLÄRUNG

Name, Vorname, Schulnummer

Anlässlich meiner Weiterbeschäftigung bzw. meines Wiedereintritts wurde ich darüber belehrt, dass folgende, bereits ausgehändigte Merkblätter und Niederschriften auch weiterhin gelten und zu beachten sind. Hinsichtlich der abgegebenen Erklärungen haben sich keine Veränderungen ergeben:

- Niederschrift über die Verpflichtung zur datenschutzrechtlichen Geheimhaltung
- Niederschrift über die Schweigepflicht gemäß § 3 Abs. TV-L
- Merkblatt über das Verbot der Annahme von Belohnungen und Geschenken durch Dienstkräfte des Landes Berlin
- Niederschrift über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen
- Zustimmung Akteneinsicht Personalrat
- Erklärung über anhängige Verfahren
- Zusatzerklärung über Zwangsvollstreckungsmaßnahmen
- Erklärung zur Erkrankungen
- Erklärung zu bisherigen Beschäftigungsverhältnissen

Veränderungen an meinen persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen werde ich umgehend anzeigen.

Unterschrift d. Beschäftigten

Unterschrift Verhandlungsführer(in)



Aktuell erneut auszufüllen:

- Verkürzter Personalfragebogen
- Erklärung über Verurteilungen
- Niederschrift Nachweisgesetz
- Einverständnis Aktenanforderung
- Antrag Hauptstadtzulage
- Bankverbindung



Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie
Personalstelle

ERKLÄRUNG

Name, Vorname, Schulnummer

Anlässlich meiner Weiterbeschäftigung bzw. meines Wiedereintritts wurde ich darüber belehrt, dass folgende, bereits ausgehändigte Merkblätter und Niederschriften auch weiterhin gelten und zu beachten sind. Hinsichtlich der abgegebenen Erklärungen haben sich keine Veränderungen ergeben:

- Niederschrift über die Verpflichtung zur datenschutzrechtlichen Geheimhaltung
- Niederschrift über die Schweigepflicht gemäß § 3 Abs. TV-L
- Merkblatt über das Verbot der Annahme von Belohnungen und Geschenken durch Dienstkräfte des Landes Berlin
- Niederschrift über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen
- Zustimmung Akteneinsicht Personalrat
- Erklärung über anhängige Verfahren
- Zusatzerklärung über Zwangsvollstreckungsmaßnahmen
- Erklärung zur Erkrankungen
- Erklärung zu bisherigen Beschäftigungsverhältnissen

Veränderungen an meinen persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen werde ich umgehend anzeigen.

Unterschrift d. Beschäftigten

Unterschrift Verhandlungsführer(in)

Niederschrift
nach dem Gesetz über den Nachweis der für ein Arbeitsverhältnis
geltenden wesentlichen Bedingungen (Nachweisgesetz - NachwG)

Nach dem Gesetz über den Nachweis der für ein Arbeitsverhältnis geltenden wesentlichen Bedingungen in der jeweiligen Fassung wird neben dem mit

geboren am

Anschrift

geschlossenen Arbeitsvertrag vom

Folgendes niedergelegt: Die Beschäftigung erfolgt

Die tariflichen Vorschriften über die Versetzung, Abordnung, Zuweisung und Personalgestellung bleiben unberührt. Sie werden beschäftigt als

Die Übertragung anderer Tätigkeiten bleibt vorbehalten.

Neben dem tariflich zustehenden Entgelt erhalten Sie folgende Entgelte:

Gemäß der bis zum 31. Oktober 2025 befristeten außertariflichen Regelung des Rundschreibens IV Nummer 75/2020 vom 9. September 2020 wird Ihnen in analoger Anwendung der §§ 74a bis c Bundesbesoldungsgesetz in der

Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) eine außertarifliche Hauptstadtzulage unter den genannten Voraussetzungen gewährt.

Gemäß der bis zum 31. Oktober 2025 befristeten außertariflichen Regelung des Rundschreibens IV Nummer 75/2020 vom 9. September 2020 wird Ihnen in analoger Anwendung von § 74b Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) grundsätzlich ein Zuschuss zu den Kosten für das Firmenticket des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg in Höhe von 15 Euro monatlich gewährt.

Für das Arbeitsverhältnis gelten folgende Vereinbarungen zu Ruhepausen beziehungsweise Ruhezeiten:

Für das Arbeitsverhältnis gelten folgende Vereinbarungen zur Schichtarbeit beziehungsweise Wechselschichtarbeit:

Die betriebliche Altersversorgung wird durchgeführt von:

VBL Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder, Hans-Thoma-Straße 19, 76133 Karlsruhe.

Die Kündigung bedarf der Schriftform.

Wollen Sie geltend machen, dass eine Kündigung sozial ungerechtfertigt oder aus anderen Gründen rechtsunwirksam ist, so müssen Sie innerhalb von drei Wochen nach Zugang der schriftlichen Kündigung Klage beim Arbeitsgericht auf Feststellung erheben, dass das Arbeitsverhältnis durch die Kündigung nicht aufgelöst ist (§ 4 Satz 1 Kündigungsschutzgesetz - KSchG). Auf den abweichenden Fristbeginn nach § 4 Satz 4 KSchG wird hingewiesen.

Für das Arbeitsverhältnis gelten ferner die einschlägigen Dienstvereinbarungen.

Sonstiges:

Berlin, den

Für den Arbeitgeber

bestätigt hiermit den Erhalt der Niederschrift:

Berlin, den

Niederschrift
nach dem Gesetz über den Nachweis der für ein Arbeitsverhältnis
geltenden wesentlichen Bedingungen (Nachweisgesetz - NachwG)

Nach dem Gesetz über den Nachweis der für ein Arbeitsverhältnis geltenden wesentlichen Bedingungen in der jeweiligen Fassung wird neben dem mit

geboren am

Anschrift

geschlossenen Arbeitsvertrag vom

Folgendes niedergelegt: Die Beschäftigung erfolgt

Die tariflichen Vorschriften über die Versetzung, Abordnung, Zuweisung und Personalgestellung bleiben unberührt. Sie werden beschäftigt als

Die Übertragung anderer Tätigkeiten bleibt vorbehalten.

Neben dem tariflich zustehenden Entgelt erhalten Sie folgende Entgelte:

Gemäß der bis zum 31. Oktober 2025 befristeten außertariflichen Regelung des Rundschreibens IV Nummer 75/2020 vom 9. September 2020 wird Ihnen in analoger Anwendung der §§ 74a bis c Bundesbesoldungsgesetz in der

Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) eine außertarifliche Hauptstadtzulage unter den genannten Voraussetzungen gewährt.

Gemäß der bis zum 31. Oktober 2025 befristeten außertariflichen Regelung des Rundschreibens IV Nummer 75/2020 vom 9. September 2020 wird Ihnen in analoger Anwendung von § 74b Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) grundsätzlich ein Zuschuss zu den Kosten für das Firmenticket des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg in Höhe von 15 Euro monatlich gewährt.

Für das Arbeitsverhältnis gelten folgende Vereinbarungen zu Ruhepausen beziehungsweise Ruhezeiten:

Für das Arbeitsverhältnis gelten folgende Vereinbarungen zur Schichtarbeit beziehungsweise Wechselschichtarbeit:

Die betriebliche Altersversorgung wird durchgeführt von:

VBL Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder, Hans-Thoma-Straße 19, 76133 Karlsruhe.

Die Kündigung bedarf der Schriftform.

Wollen Sie geltend machen, dass eine Kündigung sozial ungerechtfertigt oder aus anderen Gründen rechtsunwirksam ist, so müssen Sie innerhalb von drei Wochen nach Zugang der schriftlichen Kündigung Klage beim Arbeitsgericht auf Feststellung erheben, dass das Arbeitsverhältnis durch die Kündigung nicht aufgelöst ist (§ 4 Satz 1 Kündigungsschutzgesetz - KSchG). Auf den abweichenden Fristbeginn nach § 4 Satz 4 KSchG wird hingewiesen.

Für das Arbeitsverhältnis gelten ferner die einschlägigen Dienstvereinbarungen.

Sonstiges:

Berlin, den

Für den Arbeitgeber

bestätigt hiermit den Erhalt der Niederschrift:

Berlin, den

Absender



Senatsverwaltung für
Bildung, Jugend und Familie
ZS P _____
Flottenstr. 28 - 42
13407 Berlin

Erklärung zur Arbeitszeit

Ich beabsichtige, ab Beschäftigungsbeginn wie folgt zu arbeiten:

Vollzeit

oder

Teilzeit mit _____ von _____ (Pflicht-) Wochenstunden.

Die Teilzeit ist mit meiner künftigen Führungskraft abgestimmt.
Der Teilzeitantrag wurde bereits gestellt. wird zeitnah gestellt.

Die Teilzeit ist mit meiner künftigen Führungskraft noch nicht abgestimmt.
Dies werde ich unverzüglich nachholen und den Teilzeitantrag zeitnah stellen.

Ergänzende Angaben (nicht erforderlich für Lehrkräfte):

Die Teilzeit soll gleichmäßig auf 5 Arbeitstage wöchentlich verteilt werden.

Die Teilzeit soll auf folgende Wochentage verteilt werden:

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
Stunden					

Ich bin damit einverstanden, dass mein Entgelt bereits vor Eingang des Teilzeitantrages in der Personalstelle entsprechend meinen obigen Angaben angepasst wird, um eine Überzahlung zu vermeiden. Sollte ich doch nicht in Teilzeit arbeiten, informiere ich die Personalstelle unverzüglich. Mein Entgelt wird dann schnellstmöglich angepasst.

Mir ist bekannt, dass diese Erklärung den erforderlichen Teilzeitantrag nicht ersetzt.

_____ Ort

_____ Datum

_____ Unterschrift der erklärenden Person

Erklärung zur Hauptstadtzulage für beamtete Dienstkräfte (Probe/Lebenszeit) und tariflich Beschäftigte

Nach Unterzeichnung an die Personalstelle: Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Z S P _ _ _ _ _ - Flottenstraße 28-42 13407 Berlin	Beschäftigungsdienststelle/Schulnummer/Stellenzeichen Telefon (dienstlich oder privat)
Name, Vorname	Geburtsdatum
Personalnummer	E-Mail-Adresse (dienstlich oder privat)

Ich gehöre folgender Beschäftigtengruppe an:

tariflich Beschäftigte/-r (Entgeltgruppe bis E 13 (ohne E 13 Ü), S 18, KR 17).

beamtete Dienstkraft auf Probe/Lebenszeit (bis A 13 mit Amtszulage).

Ich erkläre Folgendes:

Ich möchte ab _____ einen monatlichen **steuerfreien Zuschuss** für ein Firmenticket (Deutschlandticket Job oder VBB-Firmenticket) erhalten. Für die Gewährung des zweckgebundenen Zuschusses habe ich ein Abonnement zum _____ (Datum des Beginns des Abonnements) für folgende Ticketoption abgeschlossen:

VBB-Firmenticket.

Deutschlandticket Job.

Mir ist bekannt, dass das Firmenticketabonnement online über das SenBJF-Kundenportal der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) bis zum 8. des Vormonats abgeschlossen sein muss.

oder

Ich beantrage ab _____ die Hauptstadtzulage allein als monatlichen **steuerpflichtigen Zulagenbetrag**. Ich verzichte auf einen monatlichen steuerfreien Zuschuss für ein Firmenticket.

Mir ist bekannt, dass ein Zuschuss bei späterer (erneuter) Beantragung dann stets steuerpflichtig ist.

Die vorstehende **verbindliche Erklärung** ist **zwingend abzugeben** und dient dazu, die entscheidungserheblichen Informationen für die Gewährung der Hauptstadtzulage, insbesondere des Zuschusses zu einer Firmenticket-Option zu bewerten. Die Abwahl des Zuschusses kann zukünftig nur einmal jährlich mit einem Vorlauf von zwei Monaten erklärt werden.

Entscheiden Sie sich für ein Firmenticket, schließen dieses jedoch nicht innerhalb von drei Monaten nach Einstellungsbeginn ab bzw. weisen den Abschluss nicht gegenüber der Personalstelle nach, so gehen wir davon aus, dass Sie **kein Firmenticket** nutzen möchten. In dem Fall erhalten Sie die Hauptstadtzulage als alleinige Zulage gezahlt. Ein Zuschuss zum Firmenticket wäre dann stets steuerpflichtig.

Mir ist bekannt, dass noch eine Prüfung der Anspruchsvoraussetzung für die Gewährung der Hauptstadtzulage und der konkreten Höhe des Zuschusses zum Firmenticket durch meine Dienststelle erfolgt.

Mir ist bekannt, dass meine Dienststelle zum Zeitpunkt der Antragstellung entscheidet, ob und in welcher Höhe der Zuschuss zum Firmenticket steuerfrei gewährt werden kann und dass ein zweckgebundener steuerfreier Zuschuss für ein Firmenticket die bei der Einkommensteuerveranlagung als Werbungskosten abzugsfähige Entfernungspauschale mindert (§ 3 Nr. 15 Satz 3 EStG).

Mir ist bekannt, dass die Zahlbarmachung des Zuschusses zu einem Firmenticket von organisatorischen und technischen Vorarbeiten sowie einem bestehenden Firmenticketabonnement mit den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) als Vertragspartner der SenBJF abhängig ist und insoweit gegebenenfalls erst rückwirkend erfolgen kann.

Eine Kündigung bzw. Beendigung meines Abonnements kann nur per E-Mail unter Angabe von

- Name, Vorname
- Geburtsdatum
- Personalnummer
- Vertragsnummer bei der BVG
- Kündigungszeitpunkt

an firmenticket@senbjf.berlin.de erfolgen.

Das Merkblatt „Hauptstadtzulage und Zuschuss zu den Kosten für ein Firmenticket (Stand 05/2025)“ habe ich zur Kenntnis genommen.

Datum/Unterschrift Antragsteller/-in

